

Sehr geehrte Mitglieder des Kultusausschusses, sehr geehrte Abgeordnete des Landtages,

im März diesen Jahres haben Ihnen die Fachkräfte einer Kommune der Region Hannover einen offenen Brief bezüglich des Entwurfes des KitaG zukommen lassen.

Parallel zu dem Brief wurde mit fast gleichem Inhalt eine Online Petition gegen den genannten Entwurf gestartet.

Diese Petition ist nunmehr -nach nur 10 Wochen- beendet worden und insgesamt 20.902 Personen unterstützen dieses Anliegen, davon 19.796 aus Niedersachsen! Was für ein Zuspruch.

Die Vielzahl der Unterschriften (in der Kürze der Laufdauer) zeigt, welche Wichtigkeit das Thema besitzt. Mit einer Verlängerung der Zeichnungsfrist oder durch Presse-, Öffentlichkeitsarbeit wären noch mehr Stimmen zusammengekommen, denn es erreichen mich immer noch Anfragen zur Unterzeichnung.

Die Petition ist mittlerweile per Mail als Eingabe an Sie übergeben worden.

Deshalb schreibe ich Ihnen auch begleitend zur erfolgten Übergabe der Petition diesen Brief. Gerne hätte ich die Möglichkeit einer persönlichen Anhörung in Anspruch genommen, vor Ihnen im Kultusausschuss oder im Landtag vor allen Abgeordneten. Schade, dass das nicht möglich ist.

Warum mir das wichtig ist? Weil ich als Betroffene vor Ort, die sich mit den Bedürfnissen von Kindern und dem Druck der Mitarbeitenden auskennt, durchaus als Expertin bezeichnet werden kann. Denn es ist mein Alltag als Kita Leitung.

Und es ist wichtig, weil ich als Initiatorin der Petition für 20.000 Menschen in der Verantwortung stehe. Ich schreibe Ihnen deshalb nicht als Einzelperson, sondern stellvertretend für die vielen Menschen in Niedersachsen, die nach wie vor Kritik an dem Entwurf des KitaG üben und ich halte es aufgrund des enormen Zuspruches bei der Petition für meine persönliche Verantwortung, auf die Missstände noch einmal aufmerksam zu machen.

Durch die Petition, mit ihren knapp 20.000 Unterschriften aus Niedersachsen und den 7714 Kommentaren von Eltern, Fachkräften und anderweitig Betroffenen, durch die massiven und zahlreichen Proteste gegen den Entwurf wird deutlich, dass das Thema eine hohe gesellschaftliche Brisanz besitzt. Das zeigt sich nicht nur an den seit mehreren Monaten laufenden Aktionen gegen den Entwurf.

Mehrere namhafte (Fach-) Verbände haben fachlich fundierte Stellungnahmen abgegeben, die Kritik reißt weiterhin nicht ab. Wenn nun alle Fachverbände, die sich mit der Kita Betreuung in der Praxis auskennen, immer wieder die gleichen Defizite des Entwurfes kritisieren, dann sollte das Ihnen als Entscheidungsträger*innen zu denken geben, unabhängig von der politischen Partei der Sie angehören.

Ich möchte kurz zur Quantität der Betreuungsplätze kommen, denn da steht Deutschland mittlerweile ganz gut da. 2018 besuchten in Deutschland bereits 41 Prozent der einjährigen Kinder Krippen oder Kitas, das liegt deutlich über dem OECD-Durchschnitt von 34 Prozent.

Bei den Zweijährigen waren es 67 Prozent, auch dieser Wert liegt gut ein Fünftel über dem OECD-Durchschnitt.

Die Betreuungsquote der 3-6-jährigen Kinder liegt bei 92,5 Prozent. Dies sind erst mal erfreuliche Zahlen, hier hat sich in den letzten Jahren einiges getan.

Doch ein Problem bleibt und das ist die Qualität in der Betreuung.

Nach wie vor muss (und wird) Kritik daran geübt, dass in Deutschland zu wenig Geld für die Qualität der frühkindlichen Bildung ausgegeben wird. Und dass, wo Bildung eine unserer wichtigsten Ressourcen für unser Land ist.

Das Lernen beginnt nicht erst in der Schule. Bildung und Lernen beginnen mit der Geburt. Und ganz sicher findet Bildung in den Tagesstätten statt. Durch uns werden die Kinder „auf die Schule, auf das Leben vorbereitet“. Viele Fertig- und Fähigkeiten, die Entwicklung der sozial-emotionalen Kompetenz, die Entwicklung zu einer gemeinschaftsfähigen Person, das findet bei uns statt. Das ist Ihnen sicher schon vorgetragen worden. Hirnforscher, Entwicklungspsychologen werden Ihnen das bestätigen können. Keinesfalls darf unterschätzt werden, wie wichtig der Kindergarten für die Entwicklung der Kinder ist, wie wichtig die ersten Lebensjahre im Allgemeinen sind.

Investitionen in das Bildungssystem kosten Geld, das ist uns allen bewusst. Aber Bildung ist -wie eben erwähnt- unsere wichtigste Ressource in Deutschland und immerhin gehen 92 Prozent der Kinder vor der Schule in den Kindergarten.....Da darf es in einem Kita-Gesetz keinesfalls um Kostenneutralität gehen, denn die gibt es im Bereich der Sozialausgaben ohnehin nicht.

Außerdem können Gelder die heute investiert werden, später eingespart werden, denn die Zahl an psychisch kranken Kindern und Jugendlichen nimmt zu und dies unabhängig von Corona.

Wir müssen uns kritisch fragen, was wir Generationen von Kindern in unserem Bildungssystem zumuten. Immer mehr Kinder zeigen bereits im Kindergarten und in der Grundschule psychosomatische Auffälligkeiten.

(Inter-) Nationale Studien zeigen uns immer wieder die Mängel im deutschen Bildungssystem auf. Eigentlich besteht für das gesamte Bildungssystem Reformbedarf.

Zu der quantitativen Situation in Niedersachsen:

Insgesamt werden zum Stichtag 01.03.2020 in niedersächsischen Einrichtungen 331.703 Kinder im Alter von 0-6 Jahren in den Einrichtungen betreut. Das ist deutlich mehr als eine Viertel Million Kinder jährlich, über die in diesem Gesetz entschieden werden soll ! Was für eine Verantwortung !

Umso schwieriger ist es, dass der Entwurf sehr theoretisch gehalten ist und weder die gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahre, noch viele andere wichtige Aspekte nicht berücksichtigt. Weder für die Kinder, noch für die Beschäftigten.

Viele Inhalte des Entwurfes sind nicht stimmig mit dem Bildungsauftrag und mit dem dazugehörigen Aufgabenvolumen. Auch dazu haben Sie ausreichend Stellungnahmen bekommen.

Wir haben schon lange die Zeiten hinter uns gelassen, in denen die Kinder vorrangig nur wenige Stunden am Tag in einem Kindergarten waren, um zu basteln oder mit anderen zu spielen---das tun die Kinder immer noch, aber unter total veränderten Gegebenheiten als noch vor 20-30 Jahren.

Kindheit hat sich verändert. Familienstrukturen haben sich geändert. Das ist in den Einrichtungen schon länger zu spüren.

Kaum jemand außerhalb der Familie verbringt so viel Zeit mit den Kindern wie die pädagogischen Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen. Kita ist ein ganz entscheidender Lebensort der frühen Kindheit geworden.

Kaum jemand außerhalb der Familie bekommt so viele Sorgen und Nöte der Kinder und der Eltern mit. Und wenn die Begleitung und Beratung von Familien immer mehr Zeit in Anspruch nimmt, dann müssen diese Zeitfenster auch zur Verfügung stehen.

Doch das Gegenteil ist der Fall: Wir Fachkräfte bekommen immer mehr Aufgaben auferlegt, die zeitlich nicht mehr zu bewältigen sind, egal wie engagiert die einzelne Fachkraft oder ein Team ist.

Wenn es gesellschaftlich und politisch gewollt oder gewünscht ist, dass es eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf gibt, dann dürfen wir nicht vergessen, dass die Kinder keinen Einfluss auf ihren Tag haben, sondern dem ausgesetzt sind, was die Erwachsenen für sie entscheiden.....wenn wir wollen, dass beide Elternteile (Vollzeit) arbeiten und wenn wir schlussfolgernd daraus ableiten wollen, dass ein Kind 8,9 oder im schlimmsten Fall bis zu 10 Std täglich (!) fremdbetreut werden muss (soll) und das in immer jüngerem Alter und zum Teil ohne Pausen..... wenn wir DAS vertreten wollen, dann sind wir Erwachsenen, wir Erzieher*innen vor Ort, aber dann sind vor allem Sie als Entscheidungsträger*innen in der Verantwortung, dafür gute Rahmenbedingungen zu setzen und diese gesetzlich festzuschreiben. Dazu bedarf es der Beratung durch Expert*innen.

Der Anspruch an Kitas hat sich zu Recht geändert. Einen Auszug unserer Tätigkeiten hatten wir Ihnen in dem offenen Brief zukommen lassen. Keinesfalls war oder ist es polemisch oder despektierlich gemeint, wenn Ihnen empfohlen wird ein Praktikum in einer Kindertagesstätte zu absolvieren.

Als Abgeordnete, als gewählte Vertreter*innen der Bürger*innen tragen Sie ein hohes Maß an Verantwortung. Und wenn die wenigsten von Ihnen Berührungspunkte mit der tatsächlichen Arbeit in Kitas haben, dann ist eins umso wichtiger: Dass Sie auf die Stimmen der Wissenschaft, der Forschung, von Expert*innen und Praktiker*innen hören, denn auf diese sind Sie dann in Ihrer Entscheidungsfindung angewiesen.

Die gesetzlichen Grundlagen für unsere wichtige Arbeit dürfen nicht aus Kostengründen verschlechtert werden und sie müssen unabhängig von der Finanzkraft des Trägers sein. Standards, die dem Kindeswohl dienen dürfen nicht unterschritten werden. Von niemandem.

Sparen wir jetzt, wird es später teurer. Es ist erschreckend, wie viele Kinder in den letzten 20 Jahren (psychosomatische) Auffälligkeiten entwickelt haben. Kinder brauchen verlässliche Personen, die die Zeit und Aufmerksamkeit für sie haben, die ihre Signale hören. Die mit ihnen in Beziehung treten und eine Bindung aufbauen. Und wenn das aus den unterschiedlichsten Gründen nicht mehr nur die Eltern sein können, dann sind die Fachkräfte vor Ort für die Kinder umso wichtiger.

Zeit für Kinder haben, das ist auch deshalb wichtig, weil es für uns eine Verpflichtung zum Schutz des Kindeswohl gibt. Wie sollen wir jedoch eine Gefährdung erkennen, richtig einschätzen und am runden Tisch Maßnahmen ergreifen, wie soll der § 8a gewissenhaft umgesetzt werden, wenn wir keine Zeit haben, Kinder aufmerksam zu beobachten und Ihnen zuzuhören?

Laut Studien hat eine Fachkraft pro Tag weniger als 5 Minuten Zeit für das einzelne Kind. Viele Kinder gehen gänzlich unter, weil sie sich zurückziehen und die Aufmerksamkeit der Fachkräfte bei den „schwierigen“, den verhaltensauffälligen Kinder hängen bleibt. Das ist jetzt schon Realität, da darf der Kind-Fachkraft Schlüssel nicht weiter verschlechtert werden.

Die Corona Notbetreuung hat eins positiv gezeigt: Wie qualitativ die Arbeit in der Kita sein kann, wenn die Gruppen nur halb voll sind. Kinder, die in einer vollen Gruppe zu kurz kommen, trauten sich

zu sprechen, viele Streitereien sind entfallen, das „auffällige Verhalten“ war massiv reduziert. Die betreuten Kinder waren deutlich ruhiger, weil sie auch einen kürzeren Betreuungstag hatten. Das wirft einmal mehr die Frage auf, inwieweit die Probleme nicht bei den Kindern liegen, sondern im System!

Die Experten der Bertelsmann Stiftung drängen auf Empfehlungen, nach denen in Krippengruppen rechnerisch 3 Kinder auf eine Fachkraft kommen sollten und in Kindergartengruppen maximal 7,5 Kinder. Das deckt sich mit anderen Empfehlungen. Das kann nicht ignoriert werden.

Mit dem Bundeskinderschutzgesetz sind die Einrichtungen in der Verantwortung, ein sexualpädagogisches Schutzkonzept zu schreiben, ohne dass es keine Betriebserlaubnis gibt. Dieses Schutzkonzept soll u.a. verhindern, dass Menschen mit Pädosexueller Orientierung der Zugang zu Kindern erschwert wird. Beschäftigte brauchen bei Einstellung und im Weiteren alle drei Jahre ein aktualisiertes erweitertes Führungszeugnis. Wie können wir da für kurzfristige Vertretungen Personen ohne Führungszeugnis in die Einrichtungen lassen?

Was ist mit dem Datenschutz, wir unterliegen dem Sozialgeheimnis. In einer Kita kommen viele private Informationen zusammen. Die Eltern möchten nicht, dass andere Eltern Informationen über ihre Familie oder Lebensumstände (mit-) bekommen.

Was ist Brandschutz, was ist mit Erster Hilfe, was ist mit Gesundheitsschutz? Wir können nicht bei jeder neuen Vertretungssituation erst die ganzen Regularien erklären und fremde Personen einweisen. Dazu fehlt die Zeit.

Der Entwurf ist ebenfalls nicht stimmig mit Aspekten von Kinderechten und das, wo diese ins deutsche Grundgesetz aufgenommen werden sollen. Das passt nicht zusammen.

Dass Inklusion nicht festgeschrieben wird, ist bitter. Eine Gesellschaft muss sich auch daran messen lassen, wie sie mit den Schwächsten und Ärmsten umgeht. Außerdem ist dies auch rechtlich zu hinterfragen. Denn nach der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen, die seit 2009 auch in Deutschland gilt, hat JEDER Mensch ein Recht auf Inklusion. Also darauf, ein gleichberechtigter Teil der Gesellschaft zu sein.

Kinder sollen jetzt im Sharing Modell die Kita besuchen dürfen? Wie fühlt sich das an, da findet Ausgrenzung statt. Welche Kinder sollen sich dann einen Platz teilen? Wer möchte das entscheiden? Wird es eine Benachteiligung der Kinder geben, deren Eltern nicht berufstätig sind? Oft sind das Kinder aus sozial schwachen Familien oder mit Migrationshintergrund.... Gerade in diesen Fällen muss Kita für die Chancengerechtigkeit sorgen.

Zu den Beschäftigten:

Wie in dem offenen Brief und in der Petition an Sie formuliert: Fachkräfte im Sozial- und Erziehungsdienst (SuE Dienst) führen seit Jahren die Krankheitsstatistiken an, der andauernde Fachkräftemangel ist jetzt schon nicht mehr auszugleichen. Viele gute und unbefristete Stellen

bleiben unbesetzt. Dafür muss das vorhandene Personal oft genug Überstunden machen, damit die Betreuungszeit abgedeckt werden kann. Dieses Personal ist hoch belastet.

Laut Berechnungen des Wirtschaftsforschungsinstituts Prognos liegt die Personallücke in der frühen Bildung -also bei Kita- und Grundschulkindern im Alter von eins bis zehn Jahren- bis zum Jahr 2025 bei bis zu 191.000 Erzieher*innen. Bis zum Jahr 2030 fehlen demnach sogar 199.000 Erzieher*innen.

Aus diesem Grund müssen wir dringend eine bundesweite Fachkräfteoffensive starten und die beginnt sicher NICHT damit, dass wir die Arbeitsbedingungen weiter verschlechtern. Zur Personalgewinnung hilft es nicht, die Zugangsberechtigungen so weit herunterzuschrauben oder zu verändern bis genügend Personal vorhanden ist. Wir benötigen Fachpersonal, was sich mit der kindlichen Entwicklung auskennt. Wir müssen aufhören, die professionelle Erziehung von Kindern allen möglichen Personenkreisen ermöglichen zu wollen, nur damit am Ende die Quantität erfüllt werden kann. Der jetzige Gesetzentwurf bewirkt nichts anderes als eine Abwertung unseres Berufsfeldes und eine Absenkung der professionellen Standards.

Die Ausbildung spielt jedoch -ebenso wie Weiter- und Fortbildung- für die Qualität der frühkindlichen Bildung eine wichtige Rolle. Wer für die Arbeit mit Kindern gut ausgebildet ist, wer ein höheres Bildungsniveau hat, der kann mehr Methoden anwenden, die die kindliche Entwicklung fördern. Das Personal sollte deshalb umso besser ausgebildet sein, je jünger die Kinder sind. Also das Gegenteil von dem was nun angedacht ist.

Wir gewinnen nur neue Fachkräfte dazu, wenn wir das Arbeitsfeld Kita reformieren und als Arbeitsplatz interessant machen. Wir müssen mit guten Arbeitsbedingungen Lust auf diesen schönen Beruf machen. Nur so kann die Abwärtsspirale überhaupt noch gestoppt werden.

Denn wenn wir so weitermachen, werden immer mehr Fachkräfte ihren Job verlassen. Es wird wegen Personalmangel zu immer mehr Betriebseinschränkungen kommen. Dann stehen die Mütter und Väter der Wirtschaft als Arbeitskräfte auch nicht mehr verlässlich zur Verfügung.

Wir sollten das vorhandene Personal schützen und stärken. Warum werden nicht die Mittel aus dem Gute-Kita-Gesetz abgerufen so wie diese vorgesehen waren, nämlich u.a. zur Verbesserung der personellen Situation?

Juliane Seifert, Staatssekretärin im (SPD-geführten) Bundesfamilienministerium, sagt: „Für mehr Qualität in der frühen Bildung müssen wir unsere Kitas und Kindertagespflegeeinrichtungen gut aufstellen, denn sie sind die ersten Stationen in unserem Bildungssystem. Dafür würden dringend die Fachkräfte benötigt, die jeden Tag (...) mit viel Einsatz und Kompetenz dafür arbeiteten, Kinder zu fördern“. Sie betont: „Daher müssen wir die Wünsche und Sorgen der Fachkräfte ernst nehmen.“

Seifert weist darauf hin, dass das Bundesfamilienministerium mit dem Gute-Kita-Gesetz die „hochwertigen Angebote in der frühen Bildung“ mit 5,5 Milliarden Euro gefördert habe, um die Arbeitsbedingungen in der frühen Bildung weiter zu verbessern.

Außerdem würden mit der Fachkräfteoffensive für Erzieher*innen zusätzliche wichtige Impulse gesetzt.

Mit dem „Gute-Kita-Gesetz“ hat die ehemalige Familienministerin Frau Giffey auch den Personalschlüssel in den Blick genommen – als eine von zehn Qualitätsmaßnahmen, die mit insgesamt 5,5 Milliarden Euro in den Ländern gefördert werden.

Laut Angaben des Bundesfamilienministeriums setzen elf von 16 Bundesländern nun auf die Verbesserung des Personalschlüssels.

Niedersachsen hat sich leider offensichtlich vorrangig für den Weg „Weniger Gebühren“ entschieden.

Das ist schade!

Es hätte eine Priorisierung für die Inanspruchnahme der Gelder geben müssen, z.B. für:

„Guter Betreuungsschlüssel“

„Qualifizierte Fachkräfte“

„Starke Kita Leitung“

„Kindgerechte Räume“

„Vielfältige pädagogische Arbeit“

Diese Themenfelder aus dem Gute-KiTa-Gesetz muss(t)en im Fokus stehen, denn hier liegen die wirklichen Probleme.

Viele Kommentare in der Petition kommen von Eltern. Eltern die Ihr Kind unter den neuen Bedingungen nicht mehr betreuen lassen wollen, Eltern die diese Entwicklung in der niedersächsischen Kita Landschaft für falsch halten, Eltern die möchten, dass es den Erzieher*innen gut geht, weil es dann auch den Kindern gut geht.

Das Wahlversprechen der SPD war, dass die Abschaffung der KiTa Gebühren keine Auswirkung auf die Qualität haben wird, doch GENAU DAS passiert nun. Wenn Sie die Kommentare der Petition durchlesen, werden Sie feststellen, dass viele Eltern lieber wieder Beiträge zahlen wollen, wenn dafür die Qualität der Betreuung stimmig ist. Zumal finanzschwache Familien bisher immer eine Entlastung hatten und Kosten der Kinderbetreuung bei der Steuer abgesetzt werden können.

Profis am Limit?! –Das ist nicht nur ein Slogan einer Gewerkschaft, sondern jetzt schon bittere Realität vor Ort.

Dass das System schon jetzt vor dem Kollaps steht ist keine Drohung, sondern ebenfalls Realität.

Mit Verwunderung ist deshalb auch zu konstatieren, dass Sie planen, Auszubildende mit wenigen Stunden als dritte Kräfte einzusetzen. Wie soll das gehen? Auszubildende bleiben Auszubildende, sie benötigen im Rahmen ihrer Ausbildung viel Begleitung und Anleitung, das kostet sogar erst mal zusätzliche Zeit der Fachkräfte. Woher kommt diese? Wird sie im Gesetz festgeschrieben?

Es ist auch nicht richtig, jetzt auf die Auszubildenden zu hoffen, viele merken in der Realität wie anstrengend der Beruf ist und wechseln in die Hort- /Jugendarbeit oder studieren.

Es gibt Statistiken, die sagen, dass nach fünf Jahren 25% der ausgebildeten Kräfte den Arbeitsbereich Kita wieder verlassen. Warum? --- Wegen der Arbeitsbedingungen und der Belastung.

Und Auszubildenden ab 2027 als dritte Kraft einzuplanen, kann nicht als Stufenplan, sondern nur als Hilflosigkeit verstanden werden, denn wir reden da über Kinder, die heute nicht mal geboren sind. Bis 2027 sind es noch 6 Jahre! Das System KiTa braucht jetzt Hilfe!

Zu den Verfügungs- und Freistellungszeiten ist in den Stellungnahmen der Fachverbände auch schon viel gesagt worden. Bedauerlicherweise schreibt der vorliegende Entwurf die alten Standards einfach fort, obwohl die Aufgaben der pädagogischen Kräfte in den letzten Jahren quantitativ und qualitativ deutlich gestiegen sind. Wir können doch nicht so weiter machen wie vor 27 Jahren !?

Die vorhandene Vorbereitungszeit reicht schon lange nicht mehr aus. Analog zu den Lehrkräften muss diese in den Kitas endlich erhöht werden.

Das Gleiche gilt für die Freistellungszeiten von Leitungen, die mit fünf Wochenstunden pro Gruppe völlig unzureichend bemessen sind. Mittlerweile versinken die Leitungen in Verwaltungstätigkeiten oder in Vertretungssituationen, damit „der Laden läuft“. Über 60 Prozent der Leitungskräfte nennen Personalmangel als Belastung für ihre Arbeit. Diese starke Belastung zeigt sich in gesundheitlichen Problemen, immer mehr fallen durch Krankheit längerfristig aus.

Das ist für alle problematisch, denn die Kita- Leitung ist Dreh- und Angelpunkt für die Qualität in den Einrichtungen und nur mit einer starken Leitung, die die pädagogischen Prozesse begleitet, können wir weiterhin starke, qualitativ gute Kitas führen. Leitungen tragen ein hohes Maß an Verantwortung – sowohl für die Kinder, als auch für die Beschäftigten oder die Finanzen ihrer Einrichtung.

Dazu brauchen sie Zeit. Eine Auflistung von Tätigkeiten haben Sie in dem offenen Brief erhalten. Da darf sich das Gehalt auch keinesfalls nach den belegten Plätzen eines Stichtatums richten.

Eine Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) aus 2019 hat die Arbeitsbedingungen in Kindertagesstätten beleuchtet und international verglichen:

„Größere Belastungsfaktoren sind eher unzureichende finanzielle und personelle Ressourcen und zusätzliche Aufgaben“, erklärte Schleicher, OECD-Bildungsdirektor. Hier das Ranking der genannten Belastungen:

1. Zusätzliche Arbeit durch Abwesenheit von Fachkräften (33 Prozent)
2. Zu viele Kinder in einer Gruppe (29 Prozent)
3. Mangelnde Ausstattung (29 Prozent)
4. Zu viel Arbeit durch Dokumentationspflichten zur Entwicklung der Kinder (23 Prozent)
5. Putzen (20 Prozent)

Hoch ist in Deutschland – verglichen mit den anderen Ländern – auch der Anteil jener, die wegen gesundheitlicher Probleme ihren Beruf aufgeben würden: Etwa 25 Prozent der Fachkräfte aus dem Vorschulbereich geben an, dass dies der wahrscheinlichste Grund wären, den Job zu kündigen. Bei den Betreuer*innen von unter Dreijährigen ist es etwa jede*r Fünfte.

Die Ergebnisse dieser Studie decken sich mit den Ergebnissen unzähliger anderer Studien, dass darf politisch nicht länger negiert werden. Zumal der pädagogische Wert und das Wohlergehen der Kinder

mit der Zahl und der Qualifikation der Erzieherinnen einhergeht, denn Bindung und Bildung bedingen sich gegenseitig.

Schleicher betont „frühkindliche Bildung ist das Fundament für den Erfolg und die Chancengerechtigkeit.“

Deshalb ist es der falsche Weg an frühkindlicher Bildung zu sparen, bzw. sparen zu wollen.

Kita Betreuung sollte besser gut sein als kostenlos.

Viele Kommentare sind auch dazu eingegangen, nicht nur in der Petition.

Als Politiker*innen stehen Sie an einem Scheideweg. Parteiübergreifend sollte der politische Schwerpunkt für gute Kita Betreuung neu gesetzt werden.

Nur gesunde, gestärkte Arbeitnehmer*innen (Fachkräfte) können gute Arbeitsleistungen bringen.

Nur Kinder, die gesund und glücklich aufwachsen, können später gute Erwachsene, gute Arbeitnehmer*innen für unser System sein.

Geht der vorliegende Entwurf durch, werden die Langzeitfolgen dramatisch sein. Die Standards für die nächsten Jahre dürfen nicht -wie im Entwurf geplant- Realität werden.

Das kann doch sicher noch verhindert werden?!

Die deutsche Wirtschaft ist nach wie vor stark. Geld ist genug da! Trotz Corona.

Corona hat auch gezeigt, dass Menschen die den Dienst an anderen Menschen zu ihrem Beruf gemacht haben, systemrelevant sind und nicht länger unter schlechten Arbeitsbedingungen leiden und wir diese Tätigkeiten höher anerkennen sollten.

Egal ob in der Pflege, in den Krankenhäusern oder bei frühkindlicher Bildung, wir brauchen mehr Wertschätzung für soziale Berufe.

Erzieher*innen sind qualifizierte Pädagoginnen und Pädagogen. Sie haben sich für ihren Beruf entschieden, weil sie mit Wissen, Einsatz und Begeisterung die Kinder in unserer Gesellschaft in ihrer Entwicklung begleiten und zu unterstützen möchten.

Deshalb geht dieses Gesetz uns als Gesellschaft alle etwas an. Wir müssen zum Wohle der Kinder und der Fachkräfte alle an einem Strang ziehen.

Im aktualisierten Vorwort vom Orientierungsplan für Bildung und Erziehung im Elementarbereich (nachfolgend: O-Plan) äußert sich der Kultusminister wie seine Vorgänger*innen dahingehend, dass dieser *„Maßstab für die Prozessqualität der pädagogischen Arbeit im Alltagsgeschehen und Grundlage für die Qualifizierung von pädagogischen Fachkräften sein soll. Sie vermitteln, wie eine fach- und kindgerechte Begleitung von Lern- und Entwicklungsprozessen generell und insbesondere im Bildungsbereich Sprache und Sprechen als auch zur Arbeit mit Kindern unter drei Jahren im Hinblick auf die besonderen Entwicklungsanforderungen von Kindern in der Praxis vor Ort gestaltet werden soll..... Mein Dank gilt allen Experten in Landesregierung und bei Trägerverbänden, die sich für die Entstehung und die Weiterentwicklung des Orientierungsplans eingesetzt haben. Mein besonderer Dank gilt allen Pädagoginnen und Pädagogen, die den Orientierungsplan und die ihn ergänzenden Handlungsempfehlungen Tag für Tag im Alltag der Kindertageseinrichtungen umsetzen und damit dafür Sorge tragen, dass Kinder in Niedersachsen von einer guten frühkindlichen Bildung und Erziehung profitieren können“.*

Wenn dies keine leeren Worte sind, dann brauchen wir eine echte Novellierung des Gesetzes.

Es ist sicher auch für Sie schwer:

14 Mitglieder des Kultusausschusses machen die Beschlussvorlagen für dieses neue Gesetz, über die dann 137 Abgeordnete des Landtages abstimmen.

137 Politiker*innen treffen somit Entscheidungen für:

5595 Tageseinrichtungen, jährlich 331.703 Kinder und 73.212 Fachkräfte in Niedersachsen.

Dies ist eine enorme Verantwortung, die nicht aus einer Theorie heraus getroffen werden darf.

Denn schlussendlich sollte die Politik für die Menschen da sein und nicht die Menschen für die Politik.

Verabschieden Sie das Gesetz nicht wie geplant zum 01.08.21, sondern verschieben Sie es. Bitte.

Lieber verschieben, neu bewerten und damit politische Größe zeigen. Das werden Ihnen sicher alle Beteiligten hoch anrechnen und danken.

Denn was jetzt wirklich zu tun wäre, wenn wir von einer Reform sprechen wollen:

Höchste Priorität sollte die Schaffung guter Arbeitsbedingungen haben.

Für das Kindeswohl brauchen wir kleinere Gruppen und einen verbesserten Kind-Fachkraft Schlüssel.

Das Recht auf Inklusion muss festgeschrieben werden.

Wir brauchen eine Erhöhung der Vorbereitungszeiten.

Wir brauchen dringend Entlastung für Leitungskräfte.

Das Platz Sharing ist ungerecht und sollte nicht erlaubt werden.

Die Verschlechterungen für die Tagespflegepersonen sollten rückgängig gemacht werden.

Für das Lesen dieses Briefes und Ihre Aufmerksamkeit bedanke ich mich.

Mit freundlichem Gruß

Claudia Järnecke